

Kreistag am 27.10.2022

Haushalt 2023

Rede Finanzdezernent Hersam

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

wie angekündigt bringen wir den Haushalt 2023 im Oktober ein.

Beginnen werde ich meine Haushaltsrede mit einem Zitat von Manfred Rommel (ehem. Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart):

„Aufwandsüberschuss ist ein freundlicher Name für ein Defizit.“

Wir bringen nun den 3. Haushaltsentwurf nacheinander mit einem Defizit ein. Diese Entwicklungen geben mir Anlass zur Sorge.

Zu den Zahlen: Im Gesamtergebnishaushalt planen wir mit Erträgen im Volumen von 259,9 Mio. EUR. Dem stehen Aufwendungen von 263,3 Mio. EUR gegenüber. Somit werden wir im Jahr 2023 einen Fehlbetrag im Haushalt von 3,36 Mio. EUR ausweisen. Das Haushaltvolumen steigt bei den Erträgen gegenüber dem Vorjahr um 6,4 Mio. EUR. Bei den Aufwendungen um 7,0 Mio. EUR. Der Gesamtfinanzhaushalt weist einen Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit von 3,82 Mio. EUR aus. Für unsere Investitionen haben wir rd. 9,5 Mio. EUR eingeplant. Dies sind ca. 2,4 Mio. EUR weniger als im Vorjahr.

Unter dem Zeichen eines besonderen Haushalts muss auch der Haushaltsentwurf 2023 gesehen werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung für das Jahr 2023 stellt sich sehr differenziert dar. Nach fast 3 Jahren Corona Pandemie und den Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine seit Februar diesen Jahres zeigen sich nun deutlich die Anzeichen einer beginnenden Rezession. Die 4 führenden Wirtschaftsforschungsinstitute sprechen in ihrer Gemeinschaftsdiagnose Herbst davon, dass die deutsche Wirtschaft von der krisenhaften Zuspitzung auf den Gasmärkten schwer belastet wird. Die sehr hohen Gaspreise erhöhen die Energiekosten drastisch und gehen mit einem massiven gesamtwirtschaftlichen Kaufkraftentzug einher. Insgesamt erwarten die Institute einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,4% für 2023. Hinzu kommt noch eine hohe Inflationsrate von zurzeit rd. 10 %, die wir ja alle an unseren Geldbeuteln spüren.

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die erarbeiteten Einsparvorschläge der Haushaltskommission nicht oder nur im geringen Maße anschließend in den Haushaltsplanberatungen berücksichtigt wurden. Daher war eine veränderte Herangehensweise an den Haushalt gefordert. Im Juli wurde in der Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Haushalt beschlossen. Schwerpunktmäßig soll sich diese mit folgenden Aufgaben befassen:

- Festlegung der darzustellenden Schlüsselprodukte

- Festlegung der vorrangigen Kennzahlen und Vergleichswerte zur besseren Steuerung des Haushalts

Zu einem späteren Zeitpunkt soll sich diese AG auch mit der Definition von Zielen zu den einzelnen Handlungsfeldern (=Schwerpunktt Themen) befassen.

Ende September hat diese AG das erste Mal getagt. Es bestand Einigkeit darüber, mit nicht zu vielen Schlüsselprodukten zu beginnen, sondern sich auf 3 wesentliche zu beschränken. Es wurden Schlüsselprodukte zu den Handlungsfeldern Soziales, Bildung und Kreisinfrastruktur gebildet. Im Kern sind dies die Wirtschaftliche Jugendhilfe (Produkt 36.20), die beruflichen Schulen (Produkt 21.30) und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (Produkt 21.20) sowie die Kreisstraßen (Produkt 54.20). Diese werden im Vorbericht des Haushaltsplanentwurfs näher dargestellt.

Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle an die Mitglieder der AG Haushalt, dass Sie so bereitwillig in dieser mitarbeiten.

Wie eingangs erwähnt ist der Haushalt 2023 nicht nur geprägt von den wirtschaftlichen Folgen des Ukraine Kriegs und der Corona-Pandemie. Faktoren wie der Fachkräftemangel, Lieferengpässe und Rohstoffknappheit beeinflussen diese maßgeblich. Die Verwaltung hat daher schon bei der Erstellung dieses Entwurfs auf Konsolidierungsmaßnahmen stark geachtet und im Entwurf umgesetzt. Im Deckungskreis Gebäudeunterhaltung wurden Maßnahmen gestrichen oder zurückgestellt. Dies brachte Einsparungen i.H.v. 300 TEUR. Im Deckungskreis EDV wurden Einsparungen von ca. 733 TEUR durch Streichung von Vorhaben oder Verschiebung von Projekten generiert. Bei den Kreisstraßen wurde die Unterhaltung um 800 TEUR gekürzt. Auch bei den Investitionen wurde der Rotstift angesetzt. Insgesamt wurden Investitionen i.H.v. rd. 900 TEUR beim ÖPNV und bei der Straßenbauverwaltung verschoben oder einmalig ausgesetzt. Trotzdem reicht die Ertragslage nicht aus, Ihnen einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorzulegen. Wieder einmal zeigt sich die starke Abhängigkeit von den allgemeinen Deckungsmitteln. Die Mehrerträge aufgrund steigender Schlüsselzuweisungen werden komplett durch die Steigerung im Sozialhaushalt wieder aufgezehrt.

Zum Ausgleich des Ergebnishaushalts müssen wir wie im Vorjahr auf die Rücklagen aus Vorjahren zurückgreifen. Dies ist jedoch nicht unbegrenzt möglich. Ziel sollte es sein, in 2025 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Wo liegen nun die größten Veränderungen zum Vorjahr?

- Gegenüber dem Vorjahr steigen die Schlüsselzuweisungen um 4,1 Mio. EUR auf 22,3 Mio. EUR. Die von uns zu leistenden Umlagen bleiben in etwa auf dem Vorjahresniveau von ca. 10 Mio. EUR. In der Baukonjunktur ist ein Auftragsrückgang zu verzeichnen. Wir haben daher die Erträge aus der Grunderwerbsteuer um rd. 1,0 Mio. EUR auf 9 Mio. EUR reduziert. Für die Mittelfristige Finanzplanung ist eher mit einem weiteren Rückgang zu rechnen.

- Der Sozialhaushalt ist und bleibt unser größter Block an Aufwendungen. Jeder 2. EUR, den wir im lfd. Betrieb ausgeben, geben wir hierfür aus. Der Nettoaufwand für unsere sozialen Leistungen steigt um rd. 5,2 Mio. EUR auf 78,7 Mio. EUR. Für das Jahr 2023 rechnen wir wieder mit einem Steigen der Bedarfsgemeinschaften Hartz IV. Die Entwicklung der Fallzahlen ist jedoch stark abhängig vom Krieg in der Ukraine, der allg. wirtschaftlichen Situation, der Einführung des Bürgergelds und den Änderungen beim

Wohngeld. Im Bereich der Hilfe zur Pflege rechnen wir mit einer Reduzierung des Nettoressourcenbedarfs. De facto führt die zum 01.01.2022 in Kraft getretene Pflegereform die Haushaltsplanung für die Hilfe zur Pflege ad absurdum, da sie einem Blick in die Glaskugel gleichkommt: Sterben viele Heimbewohner mit Anspruch auf Hilfe zur Pflege, wird der Kreishaushalt im Folgejahr bei einer Wiederbelegung mit anspruchsberechtigten Menschen stärker belastet; bleiben diese länger im Heim, sinken die Aufwendungen des Kreises (davon unbenommen: Mehraufwendung durch erhöhte Pflegesatzvereinbarungen). Voraussichtlich erst in den Haushaltsjahren 2025/2026 kann über durchschnittliche Erfahrungswerte eine näherungsweise Prognose gestellt werden. Insgesamt sinken die Aufwendungen um 1,6 Mio. EUR auf nunmehr 6,19 Mio. EUR.

Einen besonderen Blick möchte ich auf die Aufwendungen im Jugendhilfehaushalt werfen. Mit ca. 65% haben die Jugend- und Eingliederungshilfe den größten Anteil am Sozialhaushalt. In diesem Bereich steigt der Nettoressourcenbedarf um rd. 5,1 Mio. EUR auf 51,5 Mio. EUR. Allein bei der Eingliederungshilfe steigt dieser um 2,7 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr. Nach wie vor kontrovers gestaltet sich die Diskussion zwischen kommunaler Ebene und dem Land Baden-Württemberg um die Höhe der Ausgleichsleistungen BTHG-bedingter Mehraufwendungen. In den Jahren 2020 bis 2022 hat das Land einen Pauschalbetrag von jeweils 71 Mio. EUR für die BTHG bedingten Mehraufwendungen bereitgestellt. Die prognostizierte Erstattungsleistung wird damit für 2023 zunächst restriktiv auf der Basis der bisherigen Erstattungen in Höhe von rund 1 Mio. EUR geplant. Damit wären die erwarteten Steigerungen zu rd. 60 % gedeckt. Einen großen Kostensprung erwarten wir bei der wirtschaftlichen Jugendhilfe im kommenden Jahr. Bereits im Jahr 2022 stiegen die Aufwendungen hier um rd. 3 Mio. EUR. Dieser Trend setzt sich in 2023 fort. Für individuelle Jugendhilfeleistungen werden wir im Planjahr rd. 15,2 Mio. EUR aufzuwenden haben. Dies entspricht einer Erhöhung von ca. 10 % gegenüber dem Vorjahr.

Vor diesen Hintergründen haben wir die Aufwendungen für den Sozialhaushalt eher auskömmlich veranschlagt.

- Zum Personaletat und zum Stellenplan: Die Aufwendungen für das Personal stellen unseren drittgrößten Kostenblock dar. Sie steigen hauptsächlich durch tarifliche Vorgaben um 1,97 Mio. EUR auf 51,7 Mio. EUR. Insgesamt stehen dem Stellenzuwachs von 11,3 Stellen ein Abbau von 9,75 Stellen gegenüber. Wobei 8,5 Stellen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise eingesetzt werden und kostenneutral veranschlagt sind.

- Der öffentliche Personennahverkehr gliederte sich bisher in die Produktbereiche Schülerbeförderung, Nahverkehr (incl. Ringzug) und die Verbundgeschäftsstelle TUTicket (Busverkehre). Voraussichtlich fällt ab 2023 das Produkt TUTicket aufgrund der Gründung des Tarifverbands „move“ weg. Der Nettoressourcenbedarf für den ÖPNV steigt im Haushalt 2023 ungeachtet dessen dennoch von knapp 9 Mio. EUR auf rd. 11,7 Mio. EUR. Im Wesentlichen sind diese Aufwendungen durch den Wegfall der Annuität des Ringzug (570 TEUR), Mindererträge durch die Tarifabsenkung im Rahmen der Tarifreform (420 TEUR), Mehrkosten beim freigestellten Schülerverkehr und der Fahrleistungskosten (870 TEUR) begründet. Inwieweit hier eine Entlastung durch Bund und Land erfolgt, kann noch nicht beziffert werden. Hier ist die Politik noch in der Diskussion.

- Deckungskreise: Wir haben bereits im Jahr 2022 zur Haushaltskonsolidierung Maßnahmen an unseren Liegenschaften zurückgestellt. Auch in diesem Jahr haben wir Maßnahmen von rd. 300 TEUR geschoben. Bei allem Sparwillen dürfen wir notwendige Maßnahmen nicht vernachlässigen. Eine dieser nun notwendigen Maßnahmen ist die

Dachsanierung des Gebäude A des Landratsamts. Diese Maßnahme wurde bisher mehrmals geschoben. Nun ist ein Punkt erreicht, indem diese Maßnahme nicht mehr geschoben werden kann, da sonst das Dach sehr großen Schaden nehmen wird. Für die Gebäudeunterhaltung der Schulen, des Freilichtmuseums und der Kreisgebäude haben wir insgesamt rd. 5 Mio. EUR veranschlagt. Auch im Bereich der EDV haben wir Projekte und Maßnahmen i.H.v. rd. 733 TEUR gestrichen oder zurückgestellt. Hinzu kommen noch Konsolidierungsmaßnahmen bei den Kreisstraßen von 800 TEUR. Bei den Mieten und Pachten steigen unsere Aufwendungen auf rd. 2,3 Mio. EUR. Hauptsächlich Grund für die Steigerung sind die Anmietung von weiteren Gemeinschaftsunterkünften zur Flüchtlingsunterbringung (Container Geisingen, Gewerbepark Take Off Neuhausen ob Eck, Trossingen). Für die vorläufige Unterbringung erhalten wir diese Kosten über die Flüchtlingspauschalen/Spitzabrechnung vom Land erstattet.

- Die Energiekrise macht sich auch bei uns nun deutlich bemerkbar. Die Bewirtschaftungskosten steigen um 1 Mio. EUR auf 4,4 Mio. EUR. Bei den Energiekosten schlagen die stark gestiegenen Preise nun zu Buche. Zwar haben wir im Strom und teilweise im Wärmebereich noch gültige Verträge. Bei den mit Pellets oder Gas beheizten Liegenschaften liegen die Preise aber um stellenweise das 3- fache über den Vergleichspreisen vom Vorjahr. Die Maßnahmen der vom Bund erlassenen Energieeinsparverordnung hat die Verwaltung zum 01.09.2022 umgesetzt.

- Abfallwirtschaft: Konnten wir in den vergangenen Jahren die Gebühren für die Entsorgung des Haus- und Gewerbemülls stabil halten, so ergab die Neukalkulation für 2023 in einigen Bereichen eine geringfügige Steigerung, welche durch den Kreistag noch zu beschließen wären. In der Abfallentsorgung stehen in den kommenden Jahren aber Veränderungen an, durch die der Liquiditätsbedarf zunehmen wird. Die Gründung des von den Kreistagen der Landkreise Tuttlingen, Schwarzwald-Baar und Rottweil beschlossenen neuen Zweckverbandes für den gemeinsamen Betrieb einer regionalen Deponie auf dem Erweiterungsgelände der Deponie Talheim steht kurz vor dem Abschluss. Die anfallenden Investitionen werden vollständig vom Zweckverband getragen und über Deponiegebühren refinanziert. Zu ihrer Finanzierung wird der Zweckverband auch Darlehen aufnehmen. Für die notwendige Kapitalausstattung für anfallende Betriebskosten ist eine sog. Betriebskostenumlage vorgesehen. Im Abfallhaushalt des Landkreises ist dazu ein Betrag von 342 TEUR aufgenommen der haushaltsneutral veranschlagt wurde.

Unsere Rückstellungen für die Nachsorge werden über die Jahre nicht alles abdecken. Mit dem Haushalt 2023 werden wir einen Betrag von ca. 26 Mio. EUR erreichen. Die damit verbundene Liquidität haben wir aber fast vollständig zur Finanzierung unserer Investitionen nach Vorgabe der Rechtsaufsicht eingesetzt. Diese müssen wir in den nächsten Jahrzehnten wieder an den Abfallhaushalt zurückgeben.

- Die Schwerpunkte unserer Investitionstätigkeit verlagern sich an die Johann-Peter-Hebel Schule (JPHS, Erweiterung), die Ferdinand-von-Steinbeis Schule (FvSS, alte Werkstätten) und zum Gesundheitszentrum in Spaichingen (GZS). Für Planungsarbeiten sind für die JPHS 1 Mio. EUR und für die FvSS 300 TEUR im Haushalt eingestellt. Beim GZS wurden die Grundlagen der weiteren Entwicklung mittlerweile festgezurr. Für die Umsetzung weiterer Maßnahmen (z.B. Energiezentrale) stehen im Haushalt 3 Mio. EUR bereit. Daneben ist es der Verwaltung sehr wichtig, das Thema Installation von Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Liegenschaften unter den gegebenen Umständen und

mit Blick auf die Energiekrise voranzubringen. In einem ersten Schritt soll hierzu auf dem Gebäude A des Landratsamts nach der Dachsanierung eine PV-Anlage für den Eigenverbrauch installiert werden.

- Unser Klinikum, eine 100 prozentige Tochtergesellschaft des Landkreises hat mit dem Bau eines Parkhauses sein umfangreiches Investitionsprogramm mittlerweile gestartet. Auf den Kreishaushalt hat dies insofern Auswirkungen, dass die dadurch anfallenden Abschreibungen den jährlichen Betriebskostenzuschuss beeinflussen. Wir haben einen Betrag von 2 Mio. EUR in den Haushalt aufgenommen.

- Ein Maßstab für die Leistungsfähigkeit des Ergebnishaushalts ist der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit, den der Ergebnishaushalt für den Finanzhaushalt beisteuert. Dieser beträgt 3,8 Mio. EUR. Nach Abzug der Tilgungsrate von 2,56 Mio. EUR verbleiben rd. 1,24 Mio. EUR zur Finanzierung unserer Investitionen. Das sind rd. 13 % des Investitionsvolumens. Den Rest werden wir über die vorhandene, geringer werdende Liquidität finanzieren. Diese ist jedoch endlich und zwingt uns spätestens ab 2024 wieder Kredite für unsere Investitionen aufzunehmen. Ein zukunftsfähiges und tragfähiges Konzept ist dies nicht. Unser Investitionsprogramm sieht in den nächsten Jahren ein Volumen von rd. 36 Mio. EUR vor. Für die Zukunft sind daher Finanzierungskonzepte gefordert, um das große Aufgabenvolumen der nächsten Jahre bewältigen zu können.

Wie ich ihnen zu Anfang meiner Rede aufgezeigt habe, reichen die Steigerungen bei den Erträgen nicht aus, um die Aufwendungen zu decken. Im Rahmen des Jahresabschlusses werden wir erneut auf die Rücklagen zugreifen. Diese werden zum 31.12.2023 im Rahmen der vorläufigen Jahresabschlüsse rd. 23,4 Mio. EUR betragen. Nach Abzug der inneren Darlehen von 18,8 Mio. EUR verbleiben somit rd. 5,6 Mio. EUR als tatsächliche „freie Spitze“ übrig. Spätestens mit dem Jahr 2024 wird diese „freie Spitze“ soweit abgeschmolzen sein, dass unsere Handlungsfähigkeit sehr stark eingeschränkt wird. Aus diesem Grund ist der eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung unbedingt fort zu setzen. Bei einer planmäßigen Tilgung von 2,56 Mio. EUR sinkt unser Schuldenstand auf 21,4 Mio. EUR.

Schlussbemerkung:

In seiner Gesamtbetrachtung stellt das Haushaltjahr 2023 ein Ausnahmejahr dar. Die Zeichen in der Wirtschaft stehen auf Rezession. Eine Erholung dieser ist nicht abzusehen.

Nach 2021 und 2022 planen wir auch in 2023 mit einem Fehlbetrag im Haushaltsentwurf. Mit 3,3 Mio. EUR ist dieser noch höher als 2022 (2,74 Mio. EUR). Der Landkreis steht vor einer Fülle von Aufgaben, die seine ganze Finanzkraft erfordern.

Mit der Erweiterung der JPHS, dem Neubau der Werkstätten der FvSS und das Gesundheitszentrum Spaichingen haben wir Projekte vor uns, die wir nicht länger mit angezogener Handbremse betrachten können. Weitere Investitionen sind im Investitionsprogramm aufgelistet, denken wir an den ÖPNV, unser Kreisstraßennetz, aber auch die Investitionen unseres Klinikums. Das geplante neue Eingangsgebäude im Freilichtmuseum wird dagegen nochmals geschoben werden.

Hier ist ein strukturiertes, planvolles Vorgehen notwendig, um die zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen nicht zu überlasten.

Aufgrund dieser schwierigen Ausgangslage schlagen wir Ihnen vor, den Hebesatz der Kreisumlage um 2 Prozentpunkte auf 33 % zu heben. Das bedeutet für unsere Kreisgemeinden eine um 5,2 Mio. EUR höhere Kreisumlage. Für den Kreishaushalt hat

es zur Folge, dass das Defizit im Ergebnishaushalt durch vorweggenommene Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung und Anhebung des Kreisumlagehebesatzes 3,36 Mio. EUR beträgt. Konnte in der Vergangenheit durch ein stetiges Steigen der Steuerkraftsummen der Gemeinden die Steigerung der Aufwendungen zumindest teilweise kompensiert werden, so ist steht uns dieses Instrument für das Planjahr nicht zur Verfügung. Der Fehlbetrag wird im Rahmen der Jahresrechnung 2023 durch die zur Verfügung stehende Rücklage ausgeglichen. Wir sehen es als ein Gebot des guten Miteinanders, dass wir den Haushaltsausgleich in Form dieses Dreiklangs aus Einsparungen, Anhebung des Kreisumlagehebesatzes und Defizitausgleich über die Rücklage vornehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte, die Planansätze im Haushaltsentwurf 2023 sind ausgereizt. Mit dem nötigen Durchhaltevermögen bin ich überzeugt, dass wir die schwierige Situation überstehen werden. Erste Überlegungen um dem strukturellen Defizit des Haushalts entgegen zu wirken wurden mit Einrichtung der AG Haushalt bereits unternommen. Die Unternehmen im Landkreis aber auch die Städte und Gemeinden haben in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass sie Herausforderungen bewältigen können.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Blick auf unser Personal in der Verwaltung werfen. Die Herausforderungen durch eine Mehrung an Aufgaben bei gleichzeitigen Stellenvakanzen werden nicht geringer. Unter dieser Betrachtungsweise leisten diese wirklich außerordentliches. Ich danke meinem Team im Dezernat besonders für die Mitwirkung bei der Aufstellung dieses nicht ganz einfachen Haushaltsplanentwurfs. Abschließend danke ich Ihnen, den Damen und Herren Kreisräten, für Ihre Mitwirkung bei der Strategieentwicklung, die uns Sicherheit bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs aber auch für die Zukunft gegeben hat und wird.

Die Beratungen zum Haushalt finden in den Ausschüssen im November statt. Es ist vorgesehen, dass der Kreistag dann am 15.12.2022 den Haushalt 2023 verabschiedet.

Mit einem Zitat habe ich begonnen und werde meine Rede auch mit einem schließen.

„Wenn man nach und nach in die Regeln oder in die "Wissenschaft" des Sparens eindringt, erkennt man plötzlich strategische Spielräume, die man vorher nicht wahrgenommen hat.“

Gerhard Banner, deutscher Verwaltungswissenschaftler

Vielen Dank!